



Aktenzeichen: Buisson-Koch, Beiratsmitglied

Datum: 09.11.2020

Hinweis:

Beratungsfolge: Beirat für Migration und Integration

**Positionierung des Beirates zum kommunalen Bündnis „Städte sicherer Hafen“ bzgl. des Stadtratsbeschlusses vom 04.11.2020
hier: Antrag eines Beiratsmitgliedes**

Ich rufe den Beirat für Migration und Integration, der in ganz besonderem Maße für alle Migrant_innen Stimme sein soll auf, sich dieser Resolution anzuschließen.

Frankenthal, 09.11.2020

Frederique Buisson-Koch
Beiratsmitglied

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

Begründung:

Eilantrag zur Abstimmung für nachfolgende Resolution

Bestürzt habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Frankenthaler Stadtrat dem Bündnis „Städte sicherer Hafen“ nicht beitreten möchte. Auch wenn die Bereitschaft, über die Quote hinaus 2 Flüchtlingsfamilien mit 6-10 Personen aufnehmen zu wollen ein positives Zeichen ist. Ein politisches Zeichen wollte/konnte der Stadtrat nicht setzen.

Eine Kommune kann grundsätzlich nicht eigenständig, ohne dass das Land und der Bund sich beteiligen, Geflüchtete aufnehmen. Kommunen ist es jedoch möglich, ein politisches Zeichen zu setzen und dem jeweiligen Bundesland, ihre Bereitschaft kundzutun, Menschen aufzunehmen.

Dieses Zeichen hat der Stadtrat nur eingeschränkt gesetzt und sich in der dazu stattfindenden Diskussion in politischer Rhetorik verirrt, welche seit Jahren den Raum füllt, den Menschen aber weder hier noch dort hilft. Nach einer europäischen Lösung zu rufen ist sicher angemessen, nach wiederholtem Rufen seit mehreren Jahren aber nicht zielführend, da offenbar nicht in absehbarer Zeit realisierbar.

Dort, in den Lagern in Griechenland, in der Türkei, in Bosnien und anderswo verzweifeln Menschen, Familien, unbegleitete Minderjährigen, allein reisende Frauen, junge Männer. Wer Mut hat, wagt sich über das Mittelmeer mit dem Risiko zu ertrinken. Wie es allen geht, muss nicht erneut beschrieben werden.

In der BRD und eben auch in Frankenthal gibt es Menschen, die aus persönlicher Überzeugung Anderen helfen möchten und mit ihnen gemeinsam den Weg in eine sichere, würdige Zukunft einschlagen wollen. Bei diesen Menschen ist die größte Energiequelle zu finden, weit weg von politischem Kalkül und ohne ambitionierte nicht zu erreichende Ziele. Die Probleme müssen vor Ort gelöst werden- wir brauchen zwar eine Europäische Lösung, doch das ist nicht durch die hohe Politik, das ist nur durch die Zivilgesellschaft erreichbar.

Es ist sehr bedauerlich, dass der Stadtrat diese Kraft- und Energiequelle völlig ausgeblendet hat und nur auf die Kapazitäten der Stadtverwaltung abhebt. Die Stadtverwaltung räumt dadurch den Bürger_innen nicht ein, ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit zum Ausdruck zu bringen und ihre Bereitschaft zu erklären, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, Menschen aus den elenden Lagern aus Griechenland und anderswo zusätzlich zur Verteilquote aufzunehmen.

Mit dieser Entscheidung macht sich die Stadt Frankenthal mitschuldig und schaut einfach zu, wenn Menschen ertrinken, Lagern abbrennen oder push-backs getätigt werden.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, ihre Haltung noch einmal zu bedenken und der Initiative „Sichere Häfen“ beizutreten bzw. gegenüber Landes- und Bundesregierung eindeutig den Standpunkt der emphatischen, mitmenschlichen Hilfsbereitschaft zu vertreten.

Wir fordern aber auch von der Bundesregierung, sich nicht nur hinter humanitären Programmen zu verstecken. Überdenken Sie Ihre bisherige Strategie des Wegschauens und der punktuellen humanitären Mildtätigkeit. Die Probleme entstehen nicht erst, wenn die Menschen vor unserer Grenze stehen. Sie entstehen an ganz anderen Stellen und da ist die Bundesrepublik sehr gut dabei (Rüstungsindustrie, Export etc.)

Wegschauens ist einfach, hinschauen und handeln ist sicher schwer, aber menschlich.